

Gerald Braunberger

Neustart für Deutschland

Gerald Braunberger

Neustart für Deutschland

**Mit einer Grand Strategy
aus der Krise**



**Frankfurter
Allgemeine
Buch**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Frankfurter
Allgemeine
Buch

© Fazit Communication GmbH
Frankfurter Allgemeine Buch
Pariser Straße 1
60486 Frankfurt am Main
buch@fazbuch.de

Umschlagabbildung: elenvd/Adobe Stock
Umschlaggestaltung: Jens Seeling
Layout und Satz: schreiberVIS, Seeheim
Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH
Printed in Germany

1. Auflage
Frankfurt am Main 2025
ISBN 978-3-96251-240-8

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks,
vorbehalten.

Frankfurter Allgemeine Buch hat sich zu einer nachhaltigen Buchproduktion verpflichtet und erwirbt gemeinsam mit den Lieferanten Emissionsminderungszertifikate zur Kompensation des CO₂-Ausstoßes.



Inhalt

Vorwort	6
Teil 1	
Grand Strategy	11
Teil 2	
Weltwirtschaft	61
Teil 3	
Europa	105
Teil 4	
Deutschland	141
Anmerkungen	193
Der Autor	206

Vorwort

Deutschland steht vor den größten Herausforderungen seit Jahrzehnten. An die Stelle einer vermeintlich dauerhaft friedlichen Welt ist eine aus der Geschichte bekannte Rivalität großer Mächte getreten, in der sich Deutschland als Mittelmacht orientieren muss. Die Verschlechterung der geopolitischen Lage fördert Vorbehalte gegenüber einer globalisierten Wirtschaft, die exportstarken deutschen Unternehmen gut tut. Im Inneren profitiert ein politischer Populismus von einer stagnierenden Wirtschaft und einem Rückzug des Staates aus Kernaufgaben. Ein Neustart ist in vielerlei Hinsicht notwendig.

Die Hauptthese dieses Buches lautet: Eine Grand Strategy sollte helfen, ein demokratisches, freiheitliches und der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtetes Deutschland in einer unruhigen Welt zu verankern. Der ursprünglich aus dem Militärwesen stammende Begriff Grand Strategy bezeichnet in der in den Vereinigten Staaten gebräuchlichen Anwendung den Abgleich der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ziele eines Staates mit seinen Ressourcen. Eine Grand Strategy spiegelt von der Mehrheit der Menschen getragene Grundüberzeugungen wider, die wie ein Kompass den Weg in einer unübersichtlichen Welt weisen. Sie stützt sich auf Fachwissen, darf aber nicht als Elitenprojekt verstanden werden. Eine Grand Strategy wird nicht von einer Regierung verabschiedet, sondern im rationalen Diskurs einer bürgerlichen Gesellschaft verhandelt. Hierzu möchte dieses Buch einen bescheidenen Beitrag leisten.

Die in Teil 1 entwickelte geopolitische Skizze sieht trotz aller aktuellen Unsicherheiten eine mehr als einhundert Jahre alte Kon-

tinuität im Bemühen der Vereinigten Staaten, die durch wirtschaftliche Stärke oder Rohstoffreichtum gekennzeichneten Randgebiete des eurasischen Doppelkontinents gegen eine Herrschaft autokratischer Großmächte zu verteidigen. Von der Gefahr einer Überdehnung ihrer Macht bedroht, richtet sich das Interesse der Vereinigten Staaten derzeit vor allem auf das pazifische Randgebiet Eurasiens. Aber sowohl der Verlauf des jüngsten NATO-Gipfels als auch die Bombardierung iranischer Atomanlagen durch das amerikanische Militär sprechen gegen eine Abwendung der Vereinigten Staaten von anderen Randgebieten Eurasiens. Daher erscheint ein aufgeregter Abgesang auf die Idee des Westens zumindest verfrüht. Zu einer deutschen Grand Strategy gehören ein festes Bekenntnis zum Westen und zur NATO als einem starken, zur Abschreckung fähigen Verteidigungsbündnis, eine – wenn auch schwierige – Beziehungspflege zu den Vereinigten Staaten, die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in Europa und gute partnerschaftliche Beziehungen zu wohlwollenden Nationen in anderen Weltgegenden.

Teil 2 wirft einen Blick auf eine Weltwirtschaft, in der geopolitische Spannungen, aber auch der sich ausbreitende Populismus deutliche Spuren hinterlassen. Hier vertritt das Buch die Überzeugung, dass trotz aller politischen Eingriffe etwa in Form von Zöllen oder Sanktionen die grundlegende Idee der Schaffung von Wohlstand durch wirtschaftliche Offenheit den Test der Zeit bestehen wird. Anders gesagt: Das Freihandelstheorem des britischen Ökonomen David Ricardo wird sich als stärker erweisen als die protektionistischen Neigungen amerikanischer und chinesischer Staatspräsidenten. Die Globalisierung ist ein dynamischer Prozess und kein statischer Zustand. Sie kann sich auch an ein schwierigeres Umfeld anpassen. Für Deutschland empfiehlt es

sich, zusammen mit seinen europäischen Partnern eine Außenwirtschaftspolitik zu betreiben, die internationale Märkte so offen lässt wie möglich.

Viele Europäer stellen sich Europa als einen mächtigen Block innerhalb einer von großen Mächten dominierten Welt vor. Teil 3 dämpft diese Hoffnungen. Er beschreibt ein wirtschaftlich sklerotisches, von einer gewiss beeindruckenden Substanz lebendes, aber militärisch unterentwickeltes Europa, das noch auf lange Zeit keine Souveränität gegenüber den Vereinigten Staaten erreichen wird. Alternde europäische Gesellschaften werden sich im Wettbewerb mit dynamischen Nationen bewähren müssen. Eine Vitalisierung Europas ist möglich, aber nicht selbstverständlich. Sie sollte von Deutschland mitgetragen werden.

Ein Bewusstseinswandel erscheint nicht nur in anderen Teilen Europas notwendig, sondern vor allem in einem Deutschland, das nach dem Fall der Berliner Mauer mental auch dann noch in einer friedlichen Welt verharrte, als diese Welt längst nicht mehr friedlich war. Die deutsche Vorstellung, die Welt werde künftig nur noch durch Soft Power regiert, zerschellte spätestens am 24. Februar 2022 an der brutalen Realität im Osten Europas. Der geplante erhebliche Ausbau der Verteidigungsfähigkeit durch die Politik, aber auch die Anerkennung der Notwendigkeit eines Ausbaus der Bundeswehr in einer Mehrheit der Bevölkerung stehen für einen Neustart, der Deutschland als Teil des Westens in der Verteidigung gegen eine Aggression autokratischer Mächte sieht. Die mit dem Aufbau militärischer Kapazitäten, aber auch mit der Modernisierung der Infrastruktur verbundene finanzielle Anspannung erfordert einen Neustart für die zuletzt in einer Stagnation befindliche deutsche Wirtschaft, die zu lange auf alte Stärken vertraute und zu wenig in moderne Technologien investierte. Eine an den Prinzi-

prien der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet, auf eine Setzung guter Rahmenbedingungen anstelle eines planlosen Interventionismus vertrauende Politik kann die Voraussetzungen für eine Belebung der Wirtschaft schaffen.

Die Herausforderungen und Bedrohungen sind alles andere als gering. Doch weder der Westen noch Deutschland haben Anlass, dieser Welt mit Angst zu begegnen. Sie tragen ihr Schicksal in ihren eigenen Händen, aber sie müssen zu ihren Überzeugungen nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten stehen.

Dieses Buch hat von einer Vielzahl von Gesprächen in- und außerhalb der Frankfurter Allgemeinen Zeitung profitiert. Der Platz reichte nicht aus, alle Personen zu nennen, denen ich zu Dank verpflichtet bin. Besonders erwähnt sei Jens Seeling, der Leiter des Buchverlags der F.A.Z., der dieses Projekt aufmunternd und mit beeindruckender Effizienz begleitet hat. Wie üblich bleibt allein der Autor für eventuelle Fehler und Auslassungen verantwortlich.

Frankfurt, im Juli 2025

Gerald Braunberger

Grand Strategy

*„Diplomatie ohne Waffen
ist wie Musik
ohne Instrumente“*

Friedrich II. von Preußen

Rom, am 30. Oktober 2021. Am Rande des G-20-Gipfels lädt der amerikanische Präsident Joe Biden seinen französischen Amtskollegen Emmanuel Macron, den britischen Premierminister Boris Johnson, Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihren designierten Nachfolger Olaf Scholz zu einem vertraulichen Gespräch ein. Biden informiert seine Gesprächspartner über Geheimdienst-erkenntnisse, denen zufolge Russland die Ukraine vermutlich im Januar 2022 angreifen werde. Anders als Johnson lassen sich Macron, Merkel und Scholz jedoch nicht überzeugen. „Putin ist doch nicht verrückt“, sagt Merkel.¹

Am 24. Februar 2022 greift Russland die Ukraine an.

Eurasien

Die Landmasse unseres Planeten wird vom eurasischen Doppelkontinent dominiert, auf dessen Fläche von 55 Millionen Quadratkilometern mit rund 5,5 Milliarden Menschen gut zwei Drittel der Erdbevölkerung leben und auf dem mehr als die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung entsteht. Der amerikanische Doppelkontinent ist mit einer Fläche von 43 Millionen Quadratkilometern ebenfalls gewaltig, mit einer Bevölkerung einer Milliarde Menschen jedoch sehr viel dünner besiedelt.

Ein Ansatz der geopolitischen Analyse unterscheidet in Eurasien ein Herzland („Heartland“), das im Westen, Süden und Osten von einem Randgebiet („Rimland“) umgeben ist. In diesem Randgebiet Eurasiens lebt die Mehrheit der Bevölkerung des Doppelkontinents, hier liegen die wichtigsten Wirtschaftszentren und finden sich bedeutende Rohstoffvorkommen. Nicholas Spykman, einer der Pioniere der geopolitischen Eurasien-Analyse, brachte es auf den Punkt: „Wer das Randgebiet kontrolliert, beherrscht Eurasien,

und wer Eurasien beherrscht, bestimmt die Geschicke der Welt.“ Deutschland befindet sich im westlichen Teil des Randgebiets.

Das 20. Jahrhundert lässt sich als Geschichte erzählen, in der die Vereinigten Staaten von Amerika als größte und mächtigste, aber geografisch weit entfernt liegende Demokratie gemeinsam mit eurasischen Verbündeten die Vorherrschaft autokratischer Mächte über den Doppelkontinent verhinderten. Heute droht Eurasien ein weiteres, von der Gefahr einer autokratischen Vorherrschaft geprägtes Jahrhundert. In diesen geopolitischen Rahmen betten sich Vergangenheit und Zukunft Deutschlands ein.

Deutscher Furor

Nachdem das Deutsche Reich im Wettstreit um die Macht in Eurasien zwischen Demokratie und Autokratie zwei Mal auf der falschen Seite gestanden hatte, fand die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Rolle als Verteidigerin von Demokratie und Freiheit an der Seite der Vereinigten Staaten und ihrer europäischen Partner. Doch zu Beginn des 21. Jahrhunderts verlor das vereinigte Deutschland, obgleich weiterhin im Lager der Demokratien befindlich, seine geopolitische Orientierung.

Eher unwillig waren die Vereinigten Staaten 1917 in den Ersten Weltkrieg eingetreten, nachdem deutsche U-Boote Passagier- und Handelsschiffe ohne Vorwarnung versenkt hatten. Das Deutsche Reich schätzte den amerikanischen Kriegseintritt als unerheblich ein. Dies erwies sich als kolossaler Irrtum. Als das Reich im Herbst 1918 kapitulierte, kämpften rund zwei Millionen amerikanische Soldaten aufseiten der Alliierten.

Der Erste Weltkrieg hatte das ohnehin fragile Gleichgewicht der fünf europäischen Mächte – Großbritannien, Frankreich,

Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland – zerstört. Nach der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers in Sarajewo waren diese Mächte im Jahr 1914 wie „Schlafwandler“ (Christopher Clark) in einen großen Krieg gestolpert. Zwar konnte Deutschland seine ambitionierten Kriegsziele im Westen nicht erreichen, doch nach einem Separatfrieden mit dem revolutionären, vom Zerfall bedrohten Russland erschien 1917 ein ungünstiger Ausgang des Krieges nicht vorbestimmt.

Das Deutsche Reich hätte ohne das amerikanische Eingreifen in den Krieg eventuell Europa „von Belgien bis zum Kaukasus dominiert, mit den für eine globale Macht nahezu allen benötigten Rohstoffen – Weizen, Eisen, Öl und viele andere“.² Spätere militärische Vorstöße in den Süden des eurasischen Randgebiets oder in das Herzland wären dann möglich erschienen. Die Vereinigten Staaten und der Rest der Welt hätten in diesem Szenario in voller Bewaffnung auf den nächsten deutschen Angriff warten müssen.

Nach den Friedensverträgen zogen sich die Amerikaner weitgehend aus Europa zurück. Nur sie wären in der Lage gewesen, den wirtschaftlich geschwächten und politisch zerstrittenen Kontinent zusammenzuhalten. Aber ein dauerhaftes Engagement widersprach dem noch wachen Geist der Gründerväter. „Es ist unsere wahre Politik, uns von dauerhaften Allianzen mit irgendeinem Teil der übrigen Welt fernzuhalten“, hatte der erste Präsident der Vereinigten Staaten, George Washington, gesagt.

Der Zweite Weltkrieg verstärkte noch eindringlicher das amerikanische Interesse, die Vormachtstellung einer autokratischen Macht in Eurasien zu verhindern. Die Welt war im übertragenen Sinne enger zusammengedrückt, denn Eisenbahnen, große Schiffe und Flugzeuge ermöglichten die Verlagerung technisierter Millionenheere und ihrer Ausrüstung über weite Strecken. Am 7. Dezember 1941

griffen Marineflugzeuge des Japanischen Kaiserreichs die in Pearl Harbor liegende amerikanische Pazifikflotte an. Am 11. Dezember 1941 erklärten auch das nationalsozialistische Deutsche Reich und das faschistische Italien den Vereinigten Staaten den Krieg.

Die Wehrmacht hatte weite Teile des westlichen Randgebiets erobert; im Dezember 1941 standen ihre Soldaten kurz vor Moskau. Sie hegte die Absicht, über den Kaukasus und Nordafrika in den südlichen Teil des eurasischen Randgebiets vorzustößen, um die britische Vorherrschaft in Indien sowie im rohstoffreichen Nahen und Mittleren Osten herauszufordern. Im östlichen und südöstlichen Teil des Randgebiets unternahm das mit Deutschland verbündete Japanische Kaiserreich Eroberungszüge.

Neben Großbritannien unterstützten die Vereinigten Staaten auch die Sowjetunion mit Waffen und Ausrüstungen. Die Hilfen für Moskau belegten die Bereitschaft der USA, auch eine Autokratie zu unterstützen, wenn es darum ging, noch mächtiger erscheinende Autokratien aufzuhalten. Als der Zweite Weltkrieg 1945 mit der Kapitulation Deutschlands und Japans endete (Italien war schon vorher ausgeschieden), kam ein rascher Rückzug auf ihren heimischen Kontinent für die Vereinigten Staaten nicht mehr in Frage. „Der Zweite Weltkrieg war der Tiefpunkt des Eurasischen Jahrhunderts“, schreibt der amerikanische Politikwissenschaftler Hal Brands.³ „Im Vorfeld des Konflikts entstanden Regime, die die Stärken moderner Gesellschaften für Enteignung, Versklavung und Ausrottung nutzten. Neue Technologien und neue Wege der Kriegführung ermöglichten übergroße Programme für Eroberungen. Nicht zuletzt hat die Geschichte gezeigt, dass es schwierig sein kann, hegemoniale Strategien frühzeitig zu unterbinden, dass jedoch der Preis, sie später wieder rückgängig zu machen, enorm hoch sein kann.“

Amerikanische Hegemonie

Wenige Wochen nach Kriegsende dokumentierte die Unterzeichnung der Gründungsakte der Vereinten Nationen durch Vertreter von 50 Staaten den Willen zu einer Zusammenarbeit über bisherige Grenzen hinweg. Nur wenige Jahre später brach jedoch ein Systemkonflikt zwischen dem demokratischen Westen und dem kommunistischen Osten aus. In diesem schien die Sowjetunion, deren Außenpolitik „den Messianismus der Kommunisten mit dem Imperialismus der Zaren“ verband, früher oder später ganz Europa erobern zu können.⁴

Abwegig war diese Sorge nicht: Moskau hatte durch den Krieg seine Einflusszone tief in das westliche Randgebiet Eurasiens ausgedehnt. In ihrem Machtbereich, der bis in die Mitte Deutschlands reichte und den Balkan mit Ausnahme Jugoslawiens, Albaniens und Griechenlands umfasste, band die Sowjetunion Satellitenstaaten eng an sich. Als die Kommunistische Partei Mao Tse-tungs Ende der 1940er Jahre den Bürgerkrieg in China für sich entschied, wurde ein großer Teil Eurasiens – neben dem Herzland auch Teile des Randgebiets – von zwei autokratischen Staaten beherrscht.

Damals gelang es den Vereinigten Staaten, die beiden autokratischen Großmächte mit einer Politik der Stärke einzudämmen. Hilfsprogramme für Westeuropa und Japan stabilisierten die schwierige wirtschaftliche Lage der Verbündeten. Sie trugen zu einer allmählichen Erholung bei und boten amerikanischen Unternehmen neue Absatzmärkte. Die ehemaligen Kriegsgegner (West-)Deutschland und Japan wurden in den westlichen Block unter amerikanischer Führung eingebunden.

Im Jahre 1949 entstand die NATO als Verteidigungsbündnis der Vereinigten Staaten und westeuropäischer Nationen. Gemäß

der Präambel des Nordatlantikpakts streben ihre Mitglieder an, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Personen und der Herrschaft des Rechts beruhen“, zu gewährleisten. Sich auf das von den Vereinten Nationen anerkannte Recht auf Selbstverteidigung berufend, regelt Artikel 5 mit der gegenseitigen Beistandspflicht im Bündnisfall den Kern des Nordatlantikpakts.

Ihrem ersten Generalsekretär, General Hastings Ismay, wird die Bemerkung nachgesagt, die NATO sei gegründet worden, „um die Sowjetunion draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten.“ Die Amerikaner sahen sich sowohl im Westen als auch im Osten des eurasischen Randgebiets gefordert: Sie wiesen anstelle der erschöpften Briten sowjetische Einflussversuche auf Griechenland und die Türkei zurück. In Korea engagierten sie sich seit 1950 in einem mehrjährigen Krieg, der den Fall des gesamten Landes unter kommunistische Herrschaft verhinderte und im Süden der Halbinsel einen prowestlichen Staat stabilisierte.

Grand Strategy

Die Nachkriegskonzeption der Vereinigten Staaten enthielt alle Elemente einer Grand Strategy. Dieser in Deutschland selten verwendete Begriff bezeichnet eine Konzeption, die alle Ressourcen eines Staates – politische, militärische und wirtschaftliche – einsetzt, um im Interesse des Staates liegende Ziele zu erreichen. Neben einer klaren und widerspruchsfreien Definition der Staatsziele besteht die Herausforderung in der „Übereinstimmung potenziell unbegrenzter Zielsetzungen mit notwendigerweise begrenzten Fä-

higkeiten“, wie der amerikanische Historiker John Lewis Gaddis in seiner Übersicht historischer Beispiele darlegt.⁵

Die amerikanische Nachkriegsstrategie kombinierte „hochherzige Ideale mit rücksichtsloser Geopolitik“, bemerkt Brands.⁶ „Die Vereinigten Staaten konzentrierten sich darauf, die sowjetische Expansion in Westeuropa, im Nahen Osten und in Ostasien zu verhindern – Gebiete, die genug wirtschaftliches Potenzial besaßen, um das globale Gleichgewicht zu kippen und sie strategisch so gelegen waren, dass sie dem Kreml den Zugang zum Atlantik, zum offenen Pazifik und zum Mittelmeer versperrten.“ Das wirtschaftspolitische Element der Grand Strategy war eine Absage an den Protektionismus dank eines durch multilaterale Institutionen abgesicherten freien Handels. Schließlich strebte die Strategie die Ausbreitung der Demokratie durch die Schaffung eines friedlichen Umfelds an.

Die Sowjetunion mochte, gestützt auf die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels, darauf vertrauen, der Kommunismus werde sich als wirtschaftlich leistungsfähiger erweisen als der vermeintlich dem Untergang geweihte Kapitalismus westlicher Prägung. Als die Sowjetunion wenige Jahrzehnte später auseinanderbrach, reagierten viele Menschen auch im Westen höchst erstaunt. Sie hatten sich mit der Koexistenz zweier rivalisierender Blöcke arrangiert. Der Sieg des Westens war das Ergebnis des Triumphs der amerikanischen Grand Strategy.

Im Kalten Krieg

Bereits im Zuge des Koreakriegs (1950 bis 1953), der den Ostrand Eurasiens zu destabilisieren drohte, hatten die Vereinigten Staaten ein Interesse an einer Bewaffnung der im Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland gezeigt. Ein Beitritt zur NATO wür-